

|  |   |
|--|---|
| <b>Bildung:</b>                            |   |
| Schulen versagen bei Chancengleichheit     | 2 |
| <b>Unternehmensmitbestimmung:</b>          |   |
| SE-Gründungen – viele nur auf dem Papier   | 3 |
| <b>Europa: Niedrigzinsen und Eurobonds</b> |   |
| können Griechenland-Krise entschärfen      | 4 |
| <b>Verteilung:</b>                         |   |
| Tarife stabilisieren Lohnentwicklung       | 6 |
| <b>TrendTableau</b>                        | 8 |

## RENTEN

# Andere Länder bieten Sozialausgleich

**Wer in Deutschland schlecht verdient, wird nur eine geringe Rente bekommen und kann auch kaum betrieblich oder individuell fürs Alter vorsorgen. Die Niederlande und Frankreich sichern ihre Geringverdiener besser ab.**

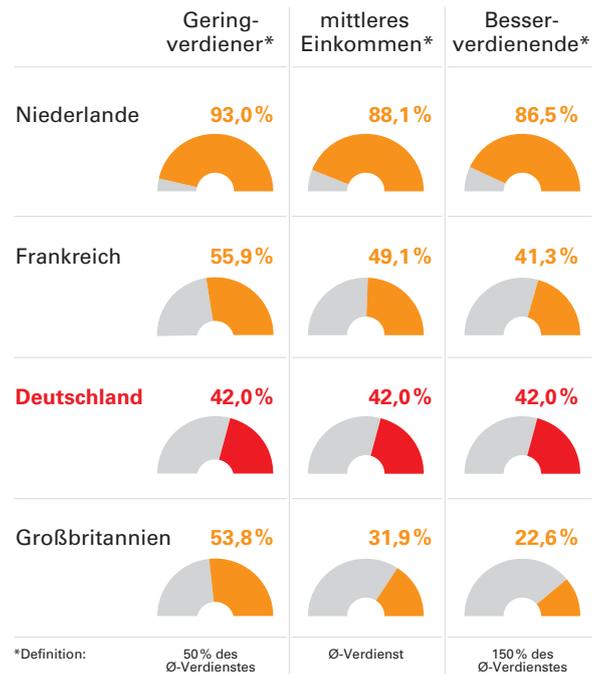
Die meisten EU-Länder haben im vergangenen Jahrzehnt ihre Alterssicherungssysteme umgebaut. Mit Blick auf die Alterung der Bevölkerung reduzierten sie staatliche Renten und förderten stärker die betriebliche und individuelle Altersvorsorge. Diether Döring von der Europäischen Akademie der Arbeit hat die Lohnersatzraten aus verpflichtenden – staatlichen wie betrieblichen – Alterssicherungssystemen in fünf Ländern verglichen.\* Der Professor zieht für die Bundesrepublik ein kritisches Zwischenfazit: Sie verfüge nicht mehr über eine „wirklich leistungsstarke erste Säule in der Alterssicherung“. Geringverdiener hätten beim Schutz vor Altersarmut durch die gesetzliche Rente schlechte Karten, profitieren aber auch kaum von der Riester-Rente oder betrieblichen Lösungen. Diese begünstigten vor allem Beschäftigte mit mittleren oder höheren Einkommen.

Eine gesetzliche Rente bildet in allen fünf Ländern die Basis der Alterssicherung: in Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz, Großbritannien und Deutschland. Wo die Rente den Anspruch erhob, den Lebensstandard zu sichern, sind betriebliche oder individuelle Zusatzsicherung nicht obligatorisch – etwa in Deutschland. Hier erhielten Rentner 2008 im Schnitt aus dem Pflichtsystem 42 Prozent ihres vorherigen Arbeitsentgelts. Sonderregeln für Geringverdiener gibt es nicht mehr. Das ist in den Vergleichsländern durchweg anders, frühere Geringverdiener bekommen im Ruhestand in aller Regel einen höheren Anteil ihres ehemaligen Arbeitsentgeltes ausgezahlt. Besonders auffällig ist das in Großbritannien, wo vormalige Niedrigverdiener 53,8 Prozent des früheren Verdienstes beziehen, Gutverdiener hingegen nur 22,6 Prozent. In Großbritannien ist eine zweite Sicherungskomponente für alle Beschäftigten Pflicht, die durch staatliche, betriebliche oder Individualvorsorge erfüllt werden kann.

Länder wie Frankreich oder die Niederlande beugen dem Problem der Altersarmut deutlich besser vor als Deutschland und Großbritannien, sagt Döring. In Frankreich gibt es zwei obligatorische Ebenen, eine gesetzlich sowie eine tarifvertraglich bestimmte – beide im Umlageverfahren. Gemeinsam erzielen sie für Niedrigverdiener eine Lohnersatzrate von 55,9 Prozent. In den Niederlanden bekommen Geringverdiener aus

## Deutsche Renten fallen gering aus

So viel des früheren Arbeitseinkommens erhalten Rentner und Pensionäre aus der gesetzlich vorgeschriebenen – betrieblichen, tarifvertraglichen und staatlichen – Alterssicherung in ...



Quelle: OECD 2008, Berechnungen Döring 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

der Pflicht-Alterssicherung sogar 93 Prozent ihres früheren Arbeitsentgeltes, höhere Verdienste beziehen noch 86,5 Prozent, also etwa doppelt so viel wie in Deutschland. Für die Niederlande sind starke Pensionsfonds charakteristisch. Sie verfügen über Anlagevermögen, die gegenwärtig fast 140 Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. ◀

\* Quelle: Diether Döring: Die Staat-Privat-Arbeitsteilung in den europäischen Alterssicherungen, Vortrag auf einem Workshop der Hans-Böckler-Stiftung am 10.6.2011 in Frankfurt am Main  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Schulen versagen bei Chancengleichheit

**Möglichst hohe Basis-Kompetenzen für alle oder Wettbewerb um die besten Abschlüsse?  
Die Überschrift Chancengleichheit passt auf zwei verschiedene schulpolitische Ziele – und beide werden in der Bundesrepublik verfehlt.**

Chancengleichheit gilt seit den Pisa-Studien wieder als wichtiges Thema der Bildungspolitik. Dabei kann der Begriff sehr unterschiedlich verstanden werden. Meint die Forderung nach Chancengleichheit, dass alle Bürger in der Schule dieselbe Grundausstattung bekommen sollen, um möglichst gleichwertig an der Gesellschaft teilhaben zu können? Oder geht es stattdessen um einen fairen Leistungswettbewerb innerhalb der Schulen und Hochschulen? Der Göttinger Pädagogik-Professor Wulf Hopf hat unterschiedliche Vorstellungen von Chancengleichheit analysiert und untersucht, wie gut sie von der deutschen Bildungspolitik eingelöst werden.\* Sein Ergebnis: Vielen Schülern werde der Anspruch auf Befähigung für ein selbstbestimmtes Leben „institutionell verwehrt“. Die fehlende Durchlässigkeit von allgemein bildenden Schulen sowie von beruflicher zu höherer Bildung mache zudem deutlich, dass es in Deutschland keine faire Leistungskonkurrenz gibt.

## Soziale Herkunft als Handicap

Im Vergleich\* zu Kindern von...

### ■ Facharbeitern oder leitenden Arbeitern

ist die Chance, vom Lehrer für das Gymnasium empfohlen zu werden, für Kinder von...

■ **höheren Beamten, Managern und Akademikern** 2,2 x so hoch

■ **mittleren Angestellten** 1,9 x so hoch

■ **einfachen Angestellten** 1,3 x so hoch

■ **un- oder angelernten Arbeitern** 0,8 x so hoch

\* auf Basis der Ergebnisse von PISA 2006 Chancen des Gymnasialbesuchs bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und Lesekompetenzen von Schülern  
Quelle: Ehmke, Baumert 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

**Chancengleiche Konkurrenz um Bildungsabschlüsse.** Arbeitgeber fragen für verschiedene Aufgaben ungleiche Qualifikationen nach. Darum gibt es im Bildungssystem eine „lang anhaltende Konkurrenz um knappe, privilegierte Ausbildungen für knappe, privilegierte Berufe“, so Hopf. Im entsprechenden bildungspolitischen Konzept wird Chancengleichheit aus der Perspektive des Arbeitsmarktes definiert. Sie kann aus „in etwa gleichen Startbedingungen“ bestehen. Wenn der Staat für faire Wettbewerbsbedingungen sorgt, sind ungleiche Ergebnisse als Resultat der Leistungskonkurrenz akzeptabel.

Dieser Anspruch wird allerdings in Deutschland nicht eingelöst, kritisiert Hopf: Die Vor- und Grundschulen schaffen es nicht, gleiche Startbedingungen für den anschließenden Bildungswettbewerb herzustellen. So hat die Grundschulstu-

die IGLU gezeigt, dass die Lesekompetenz deutscher Viertklässler zwar im Vergleich zu vielen anderen Ländern weniger stark von der sozialen Herkunft abhängt. Trotzdem bleiben herkunftsbedingte Unterschiede auch am Ende der Grundschule bestehen, und beim Übergang auf die Schulformen der Sekundarstufe I werden sie verstärkt. Bei gleicher Lesekompetenz und gleichen kognitiven Grundfähigkeiten haben Akademikerkinder eine 2,5-fach höhere Chance auf die Empfehlung für das Gymnasium als Facharbeiter-Kinder. Auch der Nachwuchs von mittleren Angestellten ist – bei gleichen Fähigkeiten und Leseleistungen – gegenüber Facharbeiterkindern um den Faktor 1,7 im Vorteil. „Krasser lässt sich die Verletzung des Leistungsprinzips kaum ausdrücken“, kommentiert Hopf.

Hinzu kommt, dass sich Eltern höherer Schichten häufiger über den Rat der Lehrer hinwegsetzen, wenn ihr Kind keine Empfehlung für das Gymnasium hat. Sind die Bildungswege Haupt- und Realschule oder Gymnasium einmal eingeschlagen, gibt es kaum noch Chancen für Bildungsaufstiege. Das deutsche Bildungssystem zeichnet sich durch eine sehr geringe Durchlässigkeit aus – zwischen den Schultypen ebenso wie zwischen der beruflichen Bildung und den Hochschulen.

**Bildung für gleiche Teilhabe.** Im Zentrum des anderen Konzeptes von Chancengleichheit steht nicht der Ausgleich von Startbedingungen in einem Bildungswettbewerb, sondern der Erwerb gleicher Grundkompetenzen für das Leben in der Gesellschaft. Der demokratische Staat hat nach diesem Verständnis die Aufgabe, „jedes Gesellschaftsmitglied zu einem selbstbestimmten und befriedigenden Leben“ zu befähigen. Hopf spricht von einer zivilisatorischen Mindestausstattung, die nicht nur die berufliche Integration ermöglichen, sondern auch die politische, kulturelle und soziale Teilhabe eines Menschen vorbereiten sollte. Von dieser Sichtweise gehen die Forscher des PISA-Konsortiums aus. Sie haben für ihre Studien Basiskompetenzen von 15-Jährigen definiert, die jeder Schüler erhalten sollte.

Aus den PISA-Ergebnissen werde ersichtlich, dass die gemeinsame Schuldauer in Deutschland zu kurz ist und die Schulformen zu verschieden sind, als dass alle Schüler diese Grundausstattung erlangen können, bemerkt Hopf. Haupt- und Realschüler erwerben nicht nur weniger Lesekompetenzen und mathematische Kompetenzen als Gymnasiasten, auch beim Erwerb von sozialen und politischen Kompetenzen sind sie im Nachteil. Er plädiert für eine längere gemeinsame Schulzeit aller Kinder. Nur sie könne allen die gleichen gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten eröffnen. Eltern hätten zwar ein Recht auf freie Schulwahl. „Je früher aber Bildungswahlen der Eltern in einem gegliederten Schulsystem die weitere Schullaufbahn bestimmen und je häufiger sie stattfinden, desto stärker wird der Einfluss der sozialen Herkunft auf den Schulerfolg sein“. ◀

\* Quelle: Wulf Hopf: Bildung, chancengleiche Konkurrenz und gleiche gesellschaftliche Teilhabe, in: WSI-Mitteilungen 4/2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# SE-Gründungen: Viele nur auf dem Papier

**Trotz Europäischer Aktiengesellschaft SE: Der Organisationsrahmen der Unternehmensmitbestimmung in Deutschland bleibt auf absehbare Zeit stabil.**

Die Zahl Europäischer Aktiengesellschaften (Societas Europaea, SE) nimmt weiter zu. Die europäischen Handelsregister verzeichnen 814 Unternehmen mit der seit 2004 existierenden Rechtsform SE. Aber nur 183 davon sind „normale“ SEs, das heißt operativ tätige Gesellschaften mit wenigstens fünf Mitarbeitern. Von den übrigen stehen viele lediglich auf dem Papier. Oft handelt es sich um so genannte Vorratsgründungen. Dass diese plötzlich massenhaft „aktiviert“ werden, ist nach Roland Köstlers Einschätzung unwahrscheinlich.\*

Der Experte für Unternehmensrecht der Hans-Böckler-Stiftung spricht von einer „Sättigung des Marktes für die Rechtsform Europäische Aktiengesellschaft“. So sind in der ersten Jahreshälfte 2011 in Deutschland gerade einmal fünf neue normale Unternehmen dazugekommen – und im Gegenzug drei aus dem Kreis der Europäischen Aktiengesellschaften ausgeschieden. Zwei Unternehmen haben sich entschieden, die Rechtsform SE gegen die der GmbH zu tauschen, eins musste Insolvenz anmelden. Insgesamt gibt es damit nun 87 normale SEs in Deutschland.

Aus der Entwicklung der SE-Landschaft lässt sich Köstler zufolge ablesen, dass das Interesse der Unternehmen an einer europäischen Gesellschaftsform geringer ist, als etwa die EU-Kommission annimmt. Letztere hatte sich offensichtlich mehr SE-Gründungen versprochen und erwägt daher eine Revision des entsprechenden EU-Rechts, so Köstler. Allerdings sei völlig unklar, welchen Erfolgsmaßstab die Kommission bei der Bewertung der bisherigen Entwicklung anlegt: Wie viele Europäische Aktiengesellschaften müsste es denn geben, damit die SE als Erfolg gelten kann?

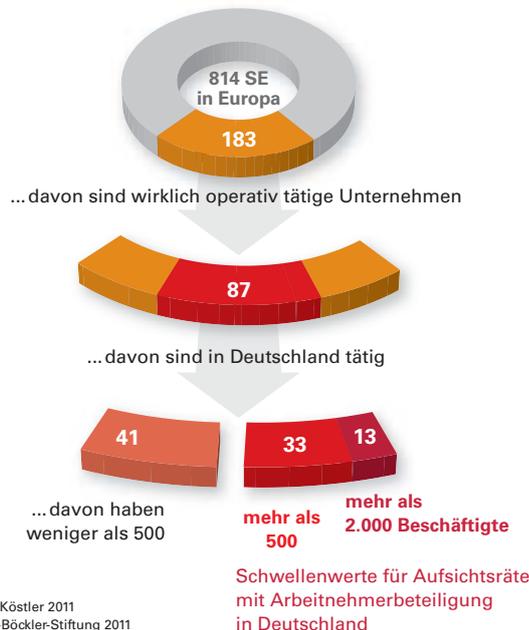
**Aufsichtsräte bleiben.** Auch in einem weiteren Punkt widerlegt die Empirie einige der mit der SE verknüpften Erwartungen, stellt der Experte fest: Die neue Rechtsform wird keineswegs massenhaft genutzt, um die angeblich ungeliebte dualistische Leitungsstruktur mit getrennten Vorstands- und Aufsichtsratsgremien loszuwerden. 60 der normalen SEs in

## Von der AG zur SE: Was passiert mit der Mitbestimmung?

Im Vorfeld eines Rechtsformwechsels müssen zunächst die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer im neuen Unternehmen geklärt werden. Gemäß dem SE-Beteiligungsgesetz (SEBG) wird hierzu ein „besonderes Verhandlungsgremium“ gebildet. Es besteht aus Vertretern der Beschäftigten aus allen Ländern, in denen das Unternehmen tätig ist. Dieses Gremium verhandelt mit der Unternehmensleitung über die participationsrechte: Betriebsräte und Aufsichtsratssitze. Kommt keine Einigung zustande, stellt das so genannte Vorher-Nachher-Prinzip sicher, dass die Arbeitnehmer-Anteilseigner-Proportionen im Aufsichtsrat erhalten bleiben. Zudem wird in diesem Fall ein SE-Betriebsrat gebildet.

## Europäische Aktiengesellschaften

In Europa gibt es 814 Europäische Aktiengesellschaften ...



Deutschland haben weiterhin Vorstand und Aufsichtsrat, nur 27 Unternehmen haben die mit der SE verbundene Möglichkeit genutzt, stattdessen eine monistische Struktur mit einem Verwaltungsrat einzuführen.

### Aus mitbestimmten AGs werden auch mitbestimmte SEs.

41 der 87 aktiven deutschen SEs liegen bei der Beschäftigtenzahl unter den Schwellenwerten für die Unternehmensmitbestimmung. Von den 33 SEs mit 500 bis 2.000 Mitarbeitern haben 16 einen Aufsichtsrat, der zu einem Drittel mit Arbeitnehmervertretern besetzt ist. Von den 13 SEs über 2.000 Mitarbeiter haben 11 einen paritätisch besetzten Aufsichtsrat. Wobei für die Unternehmen, deren Mitarbeiterzahl eigentlich eine Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat erfordern würde, gilt: Sie hatten auch vor dem Rechtsformwechsel keinen mitbestimmten Aufsichtsrat. Im Falle der Drittelbeteiligung etwa, weil bei Holdings in bestimmten Fällen nur ein Teil der Beschäftigten gezählt wird, wenn es um die Beteiligungsschwelle geht. Wie sich die Mitbestimmung im monistischen System gestaltet, lasse sich bislang nicht sagen, so Köstler. Dies müsse sich zeigen, wenn die neue Puma SE demnächst einen Verwaltungsrat mit drei Arbeitnehmervertretern einrichtet.

Was die Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat betrifft, sieht der Rechtsexperte das größte Problem darin, dass sich die Mitbestimmung mithilfe der SE „einfrieren“ lässt: Wandeln die Eigentümer ein wachsendes Unternehmen in eine SE um, bevor die Beschäftigtenzahl die Mitbestimmungsgrenze erreicht, so bleibt es ohne Unternehmensmitbestimmung – auch wenn es noch so groß wird. ◀

\* Roland Köstler ist Experte für Unternehmensrecht in der Hans-Böckler-Stiftung  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Niedrigzinsen und Eurobonds können Griechenland-Krise entschärfen

Eine Umschuldung Griechenlands würde auf den Finanzmärkten Misstrauen und Spekulation befeuern. Geraten dadurch auch andere Euro-Problemländer unter zusätzlichen Druck, bekommen deutsche Banken und Exporteure erhebliche Probleme.

Ein Schuldenschnitt Griechenlands eröffnet nur geringe Chancen auf eine Lösung der Euro-Krise. Dagegen bringt er den Krisenländern ebenso wie ihren Euro-Partnern große Risiken. Das gilt sowohl für einen harten „Hair cut“, bei dem Gläubiger einen Teil ihrer Forderungen abschreiben müssen, als auch für „weichere“ Formen einer Umschuldung. Diese Einschätzung unterstreicht das IMK mit einer neuen Untersuchung. Auf Basis der neuesten Daten analysieren Gustav Horn, Fabian Lindner und Torsten Niechoj, welche Konsequenzen eine Umschuldung für Finanzmärkte, Staatsfinanzen und Steuerzahler in der Eurozone hätte – und wie eine risikoärmere Alternative zur Bewältigung der Krise aussehen könnte.\*

## ► Geringer Vorteil, großes Risiko

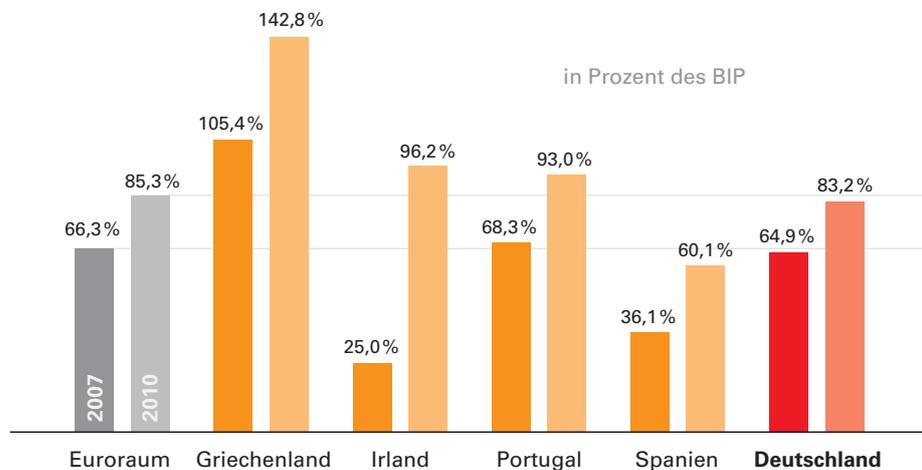
25 bis 35 Prozent – in diesem Korridor lag nach einer Studie von Experten des Internationalen Währungsfonds der Abschlag, den private Gläubiger bei den meisten Staatsinsolvenzen zwischen 1998 und 2005 hinnehmen mussten. Im Falle Griechenlands würde ein Schnitt von 35 Prozent zwar die Schulden und auch den Zinsdienst zunächst massiv verringern. Er dürfte aber einen Zusammenbruch des griechischen Bankensystems provozieren und die schon jetzt sehr fragile griechische Wirtschaft weiter schwächen, prognostiziert das IMK. Schließlich haben griechische Banken dem Staat so viel Geld geliehen, dass die Forderungen im vierten Quartal 2010 gut 150 Prozent ihres gesamten Eigenkapitals und ihrer Reserven ausmachten. Ihre Rettung würde wieder öffentliche Hilfen in Anspruch nehmen – und die griechischen Staatsschulden damit erneut deutlich nach oben treiben. Die anfängliche Schuldenreduktion wäre ein Pyrrhussieg, warnt das IMK.

„Sanfte“ Formen des Schuldenschnitts, etwa die freiwillige Verlängerung von Kreditlaufzeiten, würden das Bankensystem auf den ersten Blick nicht so stark treffen. „Solche Ansätze haben allerdings bestenfalls symbolische positive Wirkungen. Und das wahrscheinlich zu einem hohen Preis“, sagt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. Denn schon eine „weiche“ Umschuldung dürfte die ohnehin nervösen Finanzmärkte weiter irritieren. Ratingagenturen

könnten die Friststreckung als Zahlungsausfall bewerten. Aus Sicht der Anleger würde die gesamte Euro-Union zur Risikozone, in der Staatsinsolvenzen prinzipiell möglich sind,

## Wirtschaftskrise trieb den Schuldenstand hoch

Die staatlichen Schulden entwickelten sich in ...



Quelle: EcoWin (Eurostat), Berechnungen IMK 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

weil keine mächtige nationale Zentralbank mit aller Konsequenz eingreift. Dadurch hätte nicht nur Griechenland viele private Kreditgeber dauerhaft verprellt. Auch alle anderen Euro-Länder müssten höhere Zinsen als Risikoaufschlag auf ihre Staatsanleihen zahlen, so das IMK. Irland oder Portugal und selbst Spanien könnte das neue, schwere Probleme bringen – weil sich dann neue Spekulationsattacken gegen diese Länder richten würden.

## ► Ausweg Abwertung versperrt

Die Griechen, so die Wissenschaftler, hätten es nach einer Umschuldung an den Kreditmärkten womöglich sogar schwerer als Argentinien nach der Staatspleite von 2002. Zwar muteten die Südamerikaner ihren Gläubigern Abschläge von 73 Prozent zu. Durch eine starke Abwertung der Landeswährung wurden argentinische Exportgüter aber relativ schnell konkurrenzfähig, das machte das Land für ausländische Gläubiger wieder attraktiv. Griechenland und anderen Euro-Staaten ist dieser Ausweg versperrt, weil sie keine eigene Währung besitzen. Damit fehle den Hellenen ein wichtiges Instrument, um ihr seit Jahren hohes Leistungsbilanzdefizit rasch zu reduzieren, so das IMK. Eine so genannte reale Abwertung über schwächere Lohnsteigerungen sei notwendig, aber sie werde die griechische Wettbewerbsfähigkeit

higkeit erst langfristig verbessern. Und das auch nur unter einer Voraussetzung, betonen die Forscher: In Euro-Staaten wie Deutschland, die massive Leistungsbilanzüberschüsse verzeichnen, müssten Investitionen und Löhne stärker als bisher steigen, um für Nachfrage zu sorgen.

### ► Rückkehr zur Drachme? Euro droht massive Aufwertung

Theoretisch könnte Griechenland zwar zur Drachme zurückkehren und abwerten. Es würde dann aber vollends von seinen Altschulden erdrückt, wenn diese weiterhin in Euro lauten. Auch die übrigen Mitglieder der Währungsunion hätten gravierende Nachteile, analysiert das IMK. Auf den Finanzmärkten dürften sich dann die Zweifel an der Zahlungs- und „Euro-Fähigkeit“ von Ländern wie Portugal, Irland und Spanien verstärken. „Es könnte sich das wiederholen, was bereits die portugiesischen und irischen Rettungsmaßnahmen nötig gemacht hat: eine sich selbst erfüllende Prophezeiung“, warnen die Forscher. Sollten diese Staaten dann auch zu einem Schuldenschnitt gezwungen sein und diesen mit einem Austritt aus der Währungsunion verbinden, „wäre dies gleichbedeutend mit dem Ende des Euroraums, wie wir ihn kennen.“ Folge: Der „Rest-Euro“ dürfte drastisch aufwerten, weil Anleger aus den ausgeschiedenen Staaten ihr Kapital in Euro-Anlagen umschieben. Darunter würde die internationale Konkurrenzfähigkeit etwa der deutschen Exporteure leiden.

### ► Härtetest für Banken

Auch auf den deutschen Bankensektor käme ein Stresstest zu. Müssten Gläubiger gegenüber öffentlichen und privaten Schuldern in Griechenland 50 Prozent ihrer Forderungen abschreiben, verlören die deutschen Banken, Stand Dezember 2010, zwar lediglich bis zu 12,8 Milliarden Euro. Das entspräche knapp 3,4 Prozent ihres Eigenkapitals von gut 380 Milliarden. Weitaus gravierender könnten aber die indirekten Effekte ausfallen, wenn auch Irland, Portugal oder Spanien auf den Finanzmärkten unter weiteren Druck gerieten. Denn die Forderungen deutscher Banken gegenüber öffentlichen und privaten Schuldnern in diesen drei Staaten plus Griechenland summieren sich auf knapp 94 Prozent ihres Eigenkapitals. „Auch wenn nicht genau klar ist, inwieweit die Forderungen schon Wertberichtigungen enthalten, ist das doch eine massive Größe, die das deutsche Bankensystem vor schwere Herausforderungen stellen würde“, so das IMK. „Bei einer großen Panik des Finanzsystems müsste in Deutschland wieder – wie schon 2008 – der Staat beibringen, indem er sich nochmals stark verschuldet und private in öffentliche Schuld überführt, um einem Bankenkolaps vorzubeugen.“

Die Europäische Zentralbank (EZB) hält ebenfalls erhebliche Forderungen in Griechenland, die von einem Schuldenschnitt betroffen wären. Experten nehmen an, dass die EZB bis März 2011 der griechischen Notenbank rund 85 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hat. Und für schätzungsweise weitere 50 Milliarden Euro hat die EZB griechische Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt gekauft.

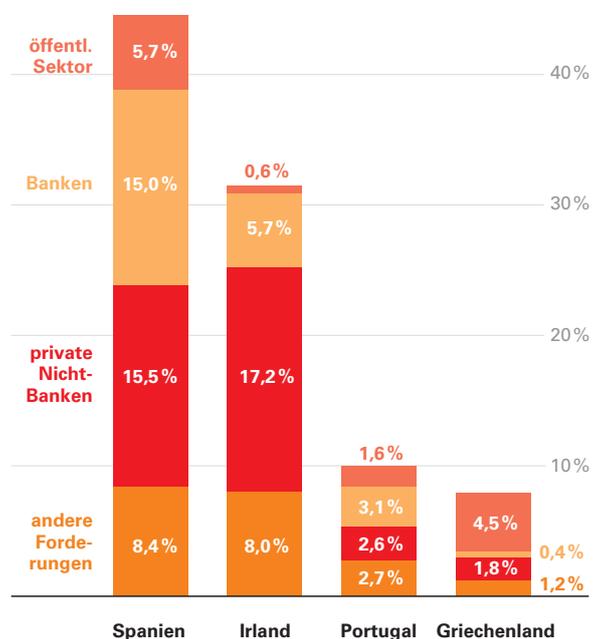
### ► Niedrigzinsen als Alternative

Angesichts dieser Risiken favorisieren die Wissenschaftler einen anderen Weg zur Euro-Stabilisierung. „Anders als die

bisherige Strategie, die ohne Perspektive von Hilfsprogramm zu Hilfsprogramm stolpert, gilt es Lösungen zu finden, die auch ein Ende der Krise glaubhaft erscheinen lassen.“ Als bessere Alternative empfiehlt das IMK daher eine Niedrigzinsstrategie: Erstens solle der Rettungsschirm der Euro-Staaten alle bereits ausgegebenen Staatsanleihen garantieren. Zweitens regen die Ökonomen die Ausgabe von so genannten Eurobonds an – Staatsanleihen, für die die Euro-Staaten auch zukünftig gemeinsam bürgen und die deshalb zu einem vergleichsweise niedrigen Zinssatz von rund drei Prozent verkauft werden könnten.

## Deutsche Banken stark beteiligt

Deutsche Banken halten in Spanien, Irland, Portugal und Griechenland Forderungen in Höhe von **94 % ihres Eigenkapitals**. Davon entfallen auf ...



Stand: Dezember 2010; Quelle: BIZ, Bundesbank 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Für den Zeitraum bis 2015 haben das IMK und seine europäischen Partnerinstitute – das OFCE aus Paris und das Wiener WIFO – berechnet, wie sich eine Niedrigzinsstrategie auswirken würde. Kernergebnis: Vor allem die Krisenstaaten, aber auch die deutsche Wirtschaft würden von einem stärkeren Wachstum profitieren. Das würde es erleichtern, die Schuldenprobleme in den Griff zu bekommen, so die Forscher.

Die Modellrechnung lässt erwarten, dass Griechenland die Abwärtsspirale aus hohen Zinsforderungen, schlechten Ratings und steigender Verschuldung durchbrechen könnte. So würde die Staatsschuldenquote im Niedrigzinsszenario bis 2015 auf rund 110 Prozent der Wirtschaftsleistung zurückgehen – ganz ohne Schuldenschnitt und seine möglichen Negativ-Folgen. ◀

\* Quelle: Gustav A. Horn, Fabian Lindner, Torsten Niechoj:  
Schuldenschnitt für Griechenland – ein gefährlicher Irrweg für den Euroraum, IMK Report Nr. 63, Juni 2011  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Tarife stabilisieren Lohnentwicklung

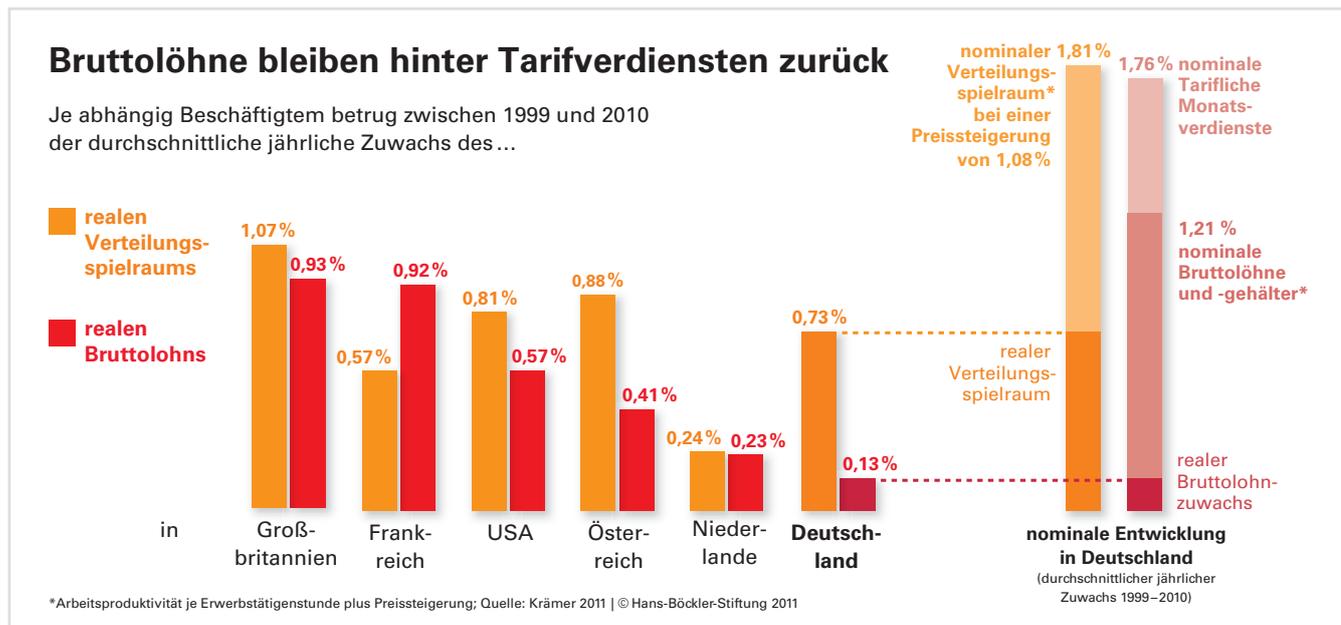
**Der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Volkseinkommen ist in Deutschland seit der Jahrtausendwende stärker gesunken als in anderen Industriestaaten. Ein Grund für den Rückgang ist die negative Lohndrift: Die effektiven Bruttoverdienste blieben hinter den Tariflöhnen zurück.**

Das Muster ist in vielen Industrieländern ähnlich: In der ersten Hälfte der 1980er-Jahre erreichte die Quote der Arbeitseinkommen ihren historischen Höchststand. Ob in Deutschland, den USA, Frankreich, Großbritannien, Österreich oder den Niederlanden: Überall entfielen in dieser Zeit mehr als 80 Prozent des Volkseinkommens auf Löhne und Gehälter, in Großbritannien oder Österreich waren es zeitweilig sogar über 90 Prozent. Seitdem ist die Quote ebenso flächendeckend gesunken. Grund: Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Kapitalbesitz wuchsen in den sechs Ländern deutlich stärker als die Arbeitsentgelte. Diese Entwicklung dokumentiert eine neue Studie im Auftrag des IMK.\*

Hagen Krämer, Professor an der Hochschule Karlsruhe, skizziert darin auch die Entwicklung in der Bundesrepublik über fünf Jahrzehnte: Nach einem Anstieg in den 1970er-Jahren erreichte die Quote der Arbeitseinkommen 1981 gut

im Vergleich zu den Kapitaleinkommen, wie Krämer auf-führt. Hohe Arbeitslosigkeit und die Globalisierung schwächten die Verhandlungsmacht von Arbeitnehmern und Gewerkschaften. Betriebe drohten mit Produktionsverlagerungen oder Ausstieg aus dem Flächentarif. Für Arbeitnehmervertreter hatte die Sicherung von Arbeitsplätzen daher immer wieder höhere Priorität als mögliche Einkommenszuwächse. Zudem wurde in Deutschland bis Anfang der 1990er-Jahre ein gewisser Teil des Verteilungsspielraums, der grundsätzlich auch für Lohnerhöhungen zur Verfügung steht, für Arbeitszeitverkürzungen genutzt – eine qualitative Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Für Deutschland kann Krämer eine statistische Feinanalyse vornehmen, die deutlich macht, wie sich der Rückgang der Arbeitseinkommensquote vollzogen hat. Aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit verwendet er dazu Daten



83 Prozent. Seitdem ist sie auf rund 74 Prozent gefallen und liegt damit wieder auf dem Niveau von 1960.

Der internationale Vergleich zeigt, dass der stärkste Rückgang bei der Arbeitseinkommensquote in Deutschland später eintrat als in anderen untersuchten Ländern. In der Bundesrepublik sank sie allein seit der Jahrtausendwende um fast sechs Prozentpunkte. Ähnlich stark fiel der Rückgang in diesem Zeitraum in Österreich aus, weniger ausgeprägt verlief er in den USA und Großbritannien. In den Niederlanden stagnierte der Part der Arbeitseinkommen. In Frankreich machten die Beschäftigten sogar Anteile gut – allerdings war die Arbeitseinkommensquote dort im Jahrzehnt zuvor kräftig gesunken.

Die wirtschaftswissenschaftliche Literatur nennt ein ganzes Bündel von Faktoren für das Zurückbleiben der Arbeits-

aus der AMECO-Datenbank der EU-Kommission sowie Zahlen der Deutschen Bundesbank. Der Wirtschaftsprofessor zeigt, dass sich das Produktivitätswachstum im letzten Jahrzehnt stark abgeschwächt hatte. Da zugleich die Preise mäßig stiegen, war der neutrale Verteilungsspielraum aus Produktivitätsfortschritt und Preissteigerung im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt so gering wie nie zuvor in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik.

Noch weitaus langsamer als der Verteilungsspielraum entwickelten sich die effektiven Bruttolöhne pro Kopf: „Für Deutschland lässt sich daher als Fazit festhalten, dass praktisch der gesamte Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Einkommens, das in den 2000er-Jahren auf die Empfänger von Arbeits- und von Kapitaleinkommen zu verteilen war, nicht dem Faktor Arbeit zugute gekommen ist“, schreibt Krämer.

In einem zweiten Schritt kann der Wissenschaftler identifizieren, wie sich dabei die verschiedenen Komponenten der Lohnentwicklung ausgewirkt haben. Auf Basis von Daten der Bundesbank berechnet Krämer, dass die nominalen tariflichen Monatsverdienste zwischen 1999 und 2010 um 1,76 Prozent im Jahresdurchschnitt gestiegen sind. Das war ein moderater Zuwachs, der gleichwohl klar über der geringen Preisentwicklung von jährlich 1,08 Prozent lag und den gesamtwirtschaftlichen neutralen Verteilungsspielraum von 1,81 Prozent recht weit ausschöpfte. Eine Auswertung des WSI-Tarifarchivs zeigt, dass das in erster Linie in den gewerkschaftlich gut organisierten Industriebranchen Chemie und Metall gelang, während andere Wirtschaftszweige zum Teil deutlich unter dem Verteilungsspielraum blieben.\*

Da viele Unternehmen aber gleichzeitig übertarifliche Leistungen kürzten und die Tarifbindung insgesamt zurückging, schlugen die Steigerungen bei den Tarifverdiensten nur zum Teil auf die Effektivverdienste durch. Daneben beeinflussten überbetriebliche Struktureffekte die Statistik, denn die „negative Lohndrift“ – das Zurückbleiben der Brutto-Effektivverdienste hinter den Tarifverdiensten – wird auch durch die zunehmende Zahl von Teilzeitbeschäftigten beeinflusst. Während die ausgewiesenen Tarifverdienste nicht entsprechend korrigiert sind, reduzieren sich rechnerisch die Effektivverdienste durch die Erhöhung von Teilzeitarbeit.

Unter dem Strich war die negative Lohndrift in Deutschland während der Nullerjahre stark ausgeprägt, resümiert Krämer: Pro Jahr betrug sie durchschnittlich gut ein halbes Prozent. Vom Anstieg der Tarifverdienste führte „fast ein Drittel nicht zur Erhöhung der effektiven Bruttolöhne und -gehälter“, so der Ökonom. Während die Tarifverdienste zwischen 1999 und 2010 real, also preisbereinigt, jedes Jahr um durchschnittlich 0,7 Prozent zulegten, stagnierten die Bruttoverdienste nach Krämers Berechnung.

Betrachtet man den etwas höheren Verbraucherpreisindex aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und die ebenfalls etwas höheren Zahlen zur tariflichen Grundvergütung, die das WSI-Tarifarchiv nutzt, zeigt sich im Prinzip der gleiche Trend. Die Entwicklung der Bruttolöhne fiel sogar noch ungünstiger aus – und die Differenz zu den Tariflöhnen größer: Zwischen 2000 und 2010 wuchsen nach der WSI-Berechnung die realen Tarifverdienste kumuliert um knapp sieben Prozent. Die Bruttolöhne sanken hingegen preisbereinigt – um vier Prozent.

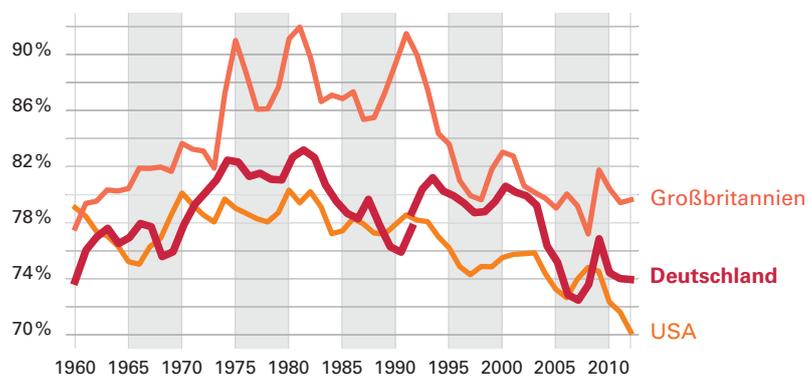
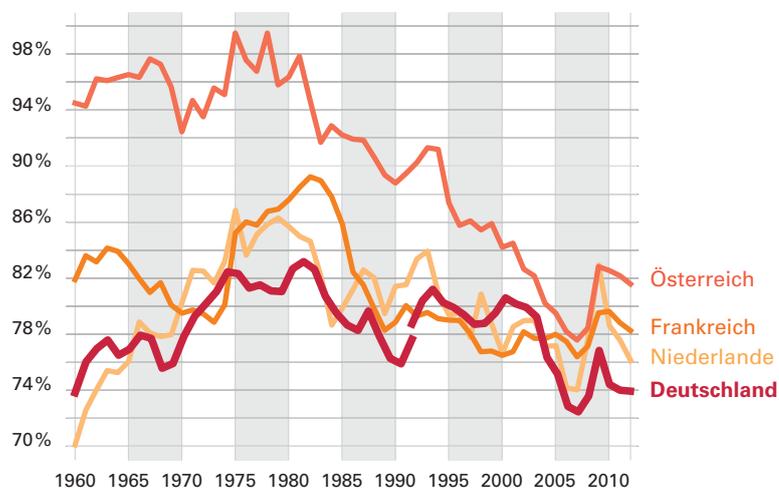
„Beide Untersuchungen zeigen, dass das Tarifsystem das Rückgrat der Lohnentwicklung bildet“, sagt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. „In Bereichen, in

die die gewerkschaftliche Tarifpolitik nicht reicht, entwickeln sich die Löhne schwächer. Das Problem ist aber, dass diese Bereiche in den vergangenen 15 Jahren deutlich gewachsen sind. Und dadurch wächst wiederum der Druck auf das Tarifsystem weiter.“ Die Konsequenz: Selbst in Jahren mit starkem Wirtschaftswachstum merkten viele Arbeitnehmer kaum eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Der relative Rückgang der Arbeitseinkommen kann auch für die Gesamtwirtschaft negative Folgen haben, merkt der Karlsruher Wirtschaftsprofessor Krämer an. Schließlich bestehe zwischen Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum ein wechselseitiger Zusammenhang. Es sei daher

## Anteil der Einkommen aus Arbeit sinkt

Die Arbeitseinkommensquoten betragen in ...



Werte für Deutschland bis 1991 nur BRD; Quelle: Krämer 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

nicht nur so, dass die wirtschaftliche Stagnation in der ersten Hälfte der vergangenen Dekade auf das Wachstum der Arbeitseinkommen gedrückt habe, „sondern die erfolgte Umverteilung zuungunsten der Beschäftigten dürfte umgekehrt auch einen wachstumsabschwächenden Effekt gehabt haben.“ ◀

\* Quellen: Hagen Krämer: Die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung und ihrer Einflussfaktoren in ausgewählten Industrieländern 1960-2010, IMK Studies 1/2011; Reinhard Bispinck: Beschäftigungssicherung und gedämpfte Lohnentwicklung, Tarifpolitischer Jahresbericht 2010, Düsseldorf 2011  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)  
**Chefredaktion:** Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter  
 E-Mail [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de); Telefon 02 11/77 78-286, Fax 02 11/77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (nach Rücksprache mit der Redaktion Abdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

**TrendTableau**

**ARBEITSMARKT**

**Hartz-IV-Empfänger seltener gefördert**

Auf jeden geförderten\* ALG-II-Bezieher kamen so viele ohne Förderung ...

2,8      3,7

2010      2011

\* mit Weiterbildung, Eingliederungszuschüssen oder Ähnlichem; jeweils im Mai Bundesagentur für Arbeit, Mai 2011

**BILDUNG**

**Studienmüde Italiener**

„Ein Hochschulstudium ist für junge Menschen attraktiv“, sagen in ...

|             |      |
|-------------|------|
| Dänemark    | 91 % |
| Deutschland | 86 % |
| Frankreich  | 62 % |
| Italien     | 57 % |

30.312 Befragte unter 35 Jahren in Europa; Eurostat, Juni 2011

**GENDER**

**Nach langer Pause kaum noch Vollzeit**

Mütter arbeiten nach Ende der Erziehungszeit von ...

|                     | Vollzeit | Teilzeit |
|---------------------|----------|----------|
| ... bis zu 3 Jahren | 46%      | 50%      |
| ... über 3 Jahren   | 24%      | 72%      |

Rest auf 100 Prozent: Minijobs BMFSFJ, Mai 2011

**GESUNDHEIT**

**Kassenpatienten warten immer noch länger**

Die Wartezeit auf einen Arzttermin beträgt für ...

**gesetzlich Versicherte**

|      |         |
|------|---------|
| 2011 | 25 Tage |
| 2008 | 26 Tage |

**privat Versicherte**

|      |         |
|------|---------|
| 2011 | 17 Tage |
| 2008 | 12 Tage |

ohne akute Fälle; BKK, Juni 2011

**EINKOMMEN**

**Nur die USA haben mehr Superreiche**

Länder mit den meisten vermögenden Haushalten\*

|               |       |
|---------------|-------|
| USA           | 2.692 |
| Deutschland   | 839   |
| Saudi-Arabien | 826   |

\* Vermögen von über 100 Millionen US-Dollar; Boston Capital Consulting, Juni 2011

**ARBEITSWELT**

**Management wird langsam weiblicher**

Anteil der Frauen an den Führungskräften in der Privatwirtschaft

| Jahr | Oberste Führungsebene | Zweite Führungsebene |
|------|-----------------------|----------------------|
| 1996 | 17,6%                 | 23,8%                |
| 2010 | 24,2%                 | 28,8%                |

Statistisches Bundesamt, Juni 2011

**MITBESTIMMUNG**

**Große Wahlbeteiligung in kleinen Betrieben**

So viele Beschäftigte stimmten 2010 bei der Betriebsratswahl ab ...

|                         |       |
|-------------------------|-------|
| 5 bis 20 Beschäftigte   | 90,9% |
| über 1.000 Beschäftigte | 77,4% |

Universität Marburg 2011

**ZUFRIEDENHEIT**

**Angst vor Arbeitslosigkeit weicht**

So viele Bundesbürger sorgten sich um steigende Arbeitslosigkeit ...

|           |     |
|-----------|-----|
| März 2009 | 67% |
| Mai 2011  | 30% |

Forsa für Stern, Juni 2011

► **ARBEITSMARKT:** Hartz-IV-Empfänger finden meist nur eine kurzfristige und zudem schlecht bezahlte Anstellung. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nahmen im Jahr 2008 zwar über eine Million Bezieher von Arbeitslosengeld II eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf, fast die Hälfte der Arbeitnehmer blieb je-

doch auf ergänzende Grundversicherungsleistungen angewiesen. Knapp jeder zweite Job war nach sechs Monaten bereits wieder beendet. Jeder fünfte Hartz-IV-Empfänger hat laut IAB eine Beschäftigung als Leiharbeiter aufgenommen. IAB, Juni 2011

► **VERMÖGEN:** Bis zum Jahr 2020 werden 27 Prozent des Vermögens der deutschen Privathaushalte den Besitzer

wechseln – durch Vererbung. Dies geht aus einer Studie des Beratungsunternehmens Empirica im Auftrag des von der Deutschen Bank finanzierten Deutschen Instituts für Altersvorsorge hervor. Die ältere Generation wird ihren Nachkommen demnach 2,6 Billionen Euro vermachen. Dabei fließt der weit überwiegende Teil des Vermögens Haushalten zu, die bereits über hohe

Einkommen verfügen: So bekommen etwa Haushalte mit einem Monatseinkommen zwischen 2.000 und 4.000 Euro – die gut die Hälfte aller Erben stellen – im Schnitt deutlich unter 300.000 Euro. An Erben, die ohnehin über 10.000 Euro im Monat zur Verfügung haben, gehen im Durchschnitt jedoch Beträge von mehr als einer Million Euro.

DIA, Juni 2011